

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Jede Stimme
ist wichtig:
Stromfresser-Gesetz NEIN
(sogenanntes Klima-Gesetz)

Mai 2023

**Stromfresser-Gesetz –
unverdaulich auch für
die Landwirtschaft**



Seite 7

**Massen-
zuwanderung:
richtig wählen!**



Seite 7

**Mit Schwung in
den Wahlherbst
starten**



Seite 10

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Stimmzettel für die Volksabstimmung
vom 18. Juni 2023**

Wollen Sie das Bundesgesetz
vom 30. September 2022 über die Ziele
im Klimaschutz, die Innovation und die
Stärkung der Energiesicherheit (KIG)
annehmen?

Antwort
NEIN

**Noch mehr
bezahlen?**

**Stromfresser-Gesetz
NEIN**
Bundesgesetz KIG

Gemeinsam bodigen wir das gefährliche «Klima-Gesetz»

Das Stromfresser-Gesetz verschärft die Energiekrise. Die Kosten explodieren. Helfen Sie mit, dieses extreme und teure Gesetz zu verhindern!

Mit der Abstimmung zum Stromfresser-Gesetz entscheiden wir über unsere Zukunft. Wir entscheiden darüber, ob wir genug Strom haben werden. Wir entscheiden darüber, ob die Energiepreise sich vervielfachen. Wir entscheiden darüber, ob der Bundesrat sich mit Verboten und Vorschriften in das Leben jedes Einzelnen einmischen darf.

Das extreme und teure Stromfresser-Gesetz wäre eine Katastrophe für die Schweiz. Wir befinden uns mitten in einer hausgemachten Energie- und Stromkrise – und jetzt wollen wir diese noch zusätzlich verschärfen? Nein!

Explosion der Strompreise verhindern

Das Stromfresser-Gesetz geht noch viel weiter als das vom Volk versenkte CO₂-Gesetz. Es bedeutet ein faktisches Verbot von Benzin, Diesel, Heizöl und Gas. Autofahren und Heizen wären nur noch elektrisch möglich. Die Folge: Wir brauchen künftig noch viel mehr Strom.

Dabei haben wir heute schon zu wenig.

Mit dem Stromfresser-Gesetz explodieren auch die Kosten. Jede Person in der Schweiz müsste neu bis zu 9'600 Franken für die Energie bezahlen – Jahr für Jahr. Das sind 6'600 Franken mehr als heute. Normalverdiener und Familien können sich das nicht leisten. Hinzu kommen steigende Mieten, teure Zwangssanierungen von Liegenschaften, höhere Preise für Alltagsprodukte.

Kurz: Das Stromfresser-Gesetz bewirkt das Gegenteil dessen, was die Befürworter behaupten. Es erhöht die Energiesicherheit nicht, sondern es gefährdet sie. Es stärkt die Wirtschaft nicht, sondern es schwächt sie. Es rettet die Natur nicht, sondern es verschandelt sie. Darum braucht es am 18. Juni ein überzeugtes NEIN!

Mit Engagement für eine sichere Zukunft in Freiheit

Das gelingt nur, wenn wir gemeinsam alles geben. Ich bitte Sie eindringlich: Sprechen Sie mit Freunden, Bekannten und der Familie über die Fakten zum Stromfresser-Gesetz. Motivieren Sie alle dazu, am 18. Juni ein NEIN in die Urne zu legen.

Noch ein Wort zu den eidgenössischen Wahlen im Herbst. Die Themen sprechen für uns: Überbordende Zuwanderung, Asylchaos, Energiekrise. Aber es braucht einen Extra-Einsatz jedes SVP-Mitglieds, damit wir am 22. Oktober einen erneuten Links-Rutsch verhindern und die Schweiz in eine sichere Zukunft in Freiheit führen können. Für Ihr Engagement danke ich Ihnen ganz herzlich!

Marco Chiesa

Ständerat und Präsident der SVP Schweiz



Die ganze Wahrheit: Es könnte noch viel teurer werden!

Die linken Medien werfen der SVP «Halbwarheiten» vor, wenn es um die exorbitant hohen Kosten für Konsumenten und Wirtschaft geht, welche eine Annahme des Stromfresser-Gesetzes am 18. Juni 2023 verursachen würde. Immerhin. Doch wie verhält es sich mit der anderen Hälfte der Wahrheit?



Von Michael Graber,
Kampagnenleiter und
Nationalrat, Brig-Glis (VS)

Zwei unabhängige Studien belegen: Das Stromfresser-Gesetz würde zu horrend hohen Kosten führen. Wir müssten unsere Infrastruktur vollständig erneuern und unser Land umbauen. Die laufenden Energiekosten wären für eine Mittelstandsfamilie nicht mehr zu tragen.

wären gezwungen, Häuser im ganzen Land zu sanieren, funktionierende Ölheizungen herauszureissen, auf eine fleischlose Landwirtschaft umzustellen und vieles mehr. Gerade der Sektor Verkehr ist ein anschauliches Beispiel dafür, dass es nur mit einer teuren Ersatzanschaffung noch lange nicht getan ist. Wegen der **geringeren Reichweite von Elektrofahrzeugen** müssten gerade im öffentlichen Verkehr und im Transportwesen die Fahrzeugflotten nicht nur ausgewechselt, sondern massiv erweitert werden. Zudem müsste ein dichtes und kostspieliges Netz von Elek-

ten, Nebenkosten, Hypozinsen, Steuern, Gebühren oder wie auch immer.

Jeden Monat zusätzlich eine Krankenkassenprämie

Weiter belegt eine Studie der ETH, dass die Energiekosten mit dem Stromfresser-Gesetz pro Kopf und Jahr um bis zu 6'600 Franken ansteigen werden. Diese Studie geht davon aus, dass die Schweiz in der Energieversorgung unabhängig vom Ausland bleibt – also genau von dem, was die Befürworter als grössten Vorteil des Stromfresser-Gesetzes propagieren! Für uns alle würde das heissen: Neben der Krankenkassenprämie kriegen wir jeden Monat eine Stromrechnung in mindestens der gleichen Höhe! Anders als die Krankenkassenprämie wäre die Stromrechnung dann aber nicht subventioniert.

Zwei wichtige Punkte sind in beiden Studien allerdings nicht einmal eingerechnet: Einerseits braucht jeder von uns aufgrund der rasant fortschreitenden Digitalisierung in Zukunft massiv mehr Strom. Und wegen des masslosen Bevölkerungswachstums steigt der Verbrauch von Elektrizität nochmals rasant an. Schliesslich will jeder Zuwanderer mobil sein und im Winter nicht frieren.



Absurd hohe Kosten – für alle

Gemäss einer Studie der Boston Consulting Group müssten wir für diesen Systemwechsel **mindestens 387 Milliarden Franken aufwenden. Wir**

tro-Ladestationen erstellt werden. Nicht miteingerechnet sind die absurd hohen Kosten für den Ausbau des Stromnetzes. Damit würde man auf weit über 400 Milliarden Franken kommen. **Bezahlen müssten das wir alle,** über unsere Mie-

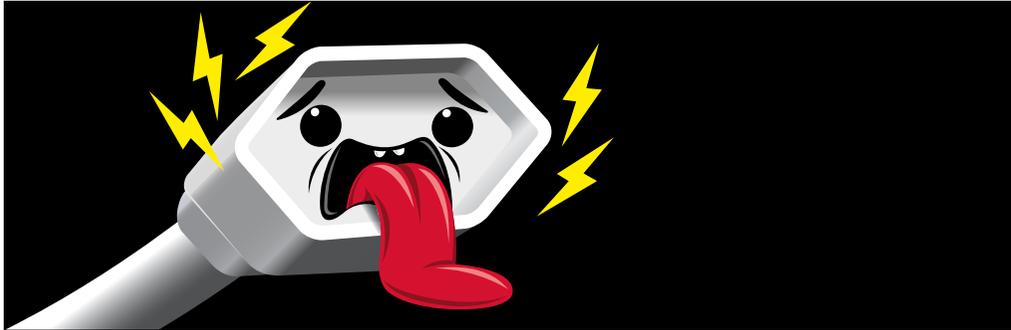
Die zwei Studien sind also tatsächlich nur die halbe Wahrheit, denn **in Zukunft könnte es noch massiv teurer werden, als wir denken! Darum am 18. Juni ein wuchtiges NEIN zum Stromfresser-Gesetz.**

FASZINIERENDES DESIGN

RANGE ROVER
VELAR



Das bedeutet das gefährliche «Klima-Gesetz» für mich als ...



... Normal-Verdiener & Familie

Das Gesetz führt zu Mehrkosten für Energie von 6'600 Franken. Das heisst, die Kosten steigen von heute rund 3'000 Franken auf 9'600 Franken pro Kopf und Jahr.

Mieten und Wohneigentum würden unbezahlbar für Leute mit geringem und normalem Einkommen. Reisen oder Autofahren würde zum Luxus für Reiche. Familienferien könnte sich der Mittelstand nicht mehr leisten.

... Mieter

Schon heute können viele Mieterinnen und Mieter die massiv hohen Mieten und die steigenden Nebenkosten kaum mehr bezahlen. Gleichzeitig werden die vorgeschriebenen teuren Gebäudesanierungen die Grundmieten in die Höhe treiben. Für normalverdienende Mieterinnen und Mieter heisst das: Sie werden fast nur noch arbeiten, um die Wohnung zu bezahlen. Fürs Leben bleibt immer weniger übrig.

... Pendler & Autofahrer

Mit dem Auto zur Arbeit geht nur noch elektrisch. Elektro-Autos sind aber teuer und der Strom dafür wird noch teurer. Und unser ÖV ist zu Stosszeiten bereits jetzt überlastet!

... Gewerbler

Die explodierenden Energiekosten würden vielen Gewerblern und Handwerkern das Genick brechen. Bereits heute sind die Strompreise teilweise um den Faktor zehn gestiegen. Zugleich bläht die Umsetzung aller möglichen Massnahmen und Verbote die Bürokratie weiter auf – was die Betriebe und zusätzlich belastet und die Preise nach oben treibt.

... junger Mensch

Streamen, online sein, shoppen, Ferien buchen, chatten, Freunde daten? Das alles braucht Strom! Der wird mit dem neuen Gesetz immer teurer und zudem drohen Abschaltungen, da es ohne Benzin und Gas zu wenig Energieversorgung gibt.

... Senior

Das Stromfresser-Gesetz macht Leben und Wohnen im Alter für viele noch unbezahlbarer. Wer in einem Haus mit Öl- oder Gasheizung wohnt, muss damit rechnen, dass ihm für Totalsanierungen gekündigt wird. Das enturzelt unsere Senioren!



PEUGEOT

DER NEUE 408

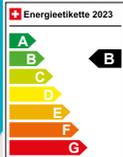
PLUG-IN HYBRID

EIN LÖWENSTARKES ANGEBOT:

1,99 % LEASING AB CHF 369.-/MT.

Bis zu 64 km Reichweite im rein elektrischen Betrieb,
PEUGEOT i-Cockpit® 3D, semi-autonomes Fahren





Angebote gültig für Privatkunden auf dem Modell PEUGEOT 408 bei den an der Aktion beteiligten PEUGEOT Händlern in der Schweiz bei Vertragsabschluss bis 30.06.2023. Preise inkl. MwSt. Preisänderungen vorbehalten. Symbolfoto. Leasingbeispiel: PEUGEOT 408 Allure Plug-in Hybrid 180, Katalogpreis CHF 48'100.-, empfohlener Verkaufspreis nach Rabatt CHF 46'600.-, Sonderzahlung CHF 9'320.-, Leasingrate CHF 369.- pro Monat inkl. MwSt., Rücknahmewert CHF 22'784.-, effektiver Jahreszins 2.01%, Leasingdauer 48 Monate, Kilometerleistung 10000km/Jahr. Angebot nur in Verbindung mit dem Abschluss einer Ratensversicherung (Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit) SECURE4you+ für CHF 16.40 pro Monat. Leasingkonditionen unter Vorbehalt der Akzeptanz durch Santander Consumer Finance Schweiz AG, Schlieren. Der Abschluss eines Leasingvertrags ist unzulässig, sofern er zur Überschuldung des Leasingnehmers führt. Leasingbeispiel für eine Privatperson. **Abgebildetes Modell:** PEUGEOT 408 GT HYBRID 180 e-EAT8, CO₂-Emissionen (kombiniert, WLTP): 30 g / km, Verbrauch (kombiniert, WLTP): 1.3 l / 100 km und 15.4 kWh / 100 km, Energieeffizienzklasse: B.

Explodierende Transportkosten

Das Stromfresser-Gesetz hätte fatale Folgen für das Gewerbe und die Transportindustrie.



Von Stefanie Heimgartner,
Transportunternehmerin
und Nationalrätin,
Baden (AG)

Handwerker sind auf ihre Fahrzeuge angewiesen. Familien, vor allem in ländlichen Gebieten, sind auf ihr Auto angewiesen. Die meisten Güter des täglichen Bedarfs und die meisten Rohstoffe werden nach wie vor auf der Strasse transportiert. Doch das Stromfresser-Gesetz möchte Benzin- und Diesel-Motoren verbieten und zwingt auch die Transportindustrie, Fahrzeuge mit alter-

nativen Antriebsarten zu kaufen. Das können wir uns nicht leisten. Denn: Ein Elektro-LKW kostet rund dreimal mehr als ein Lastwagen, der mit Diesel betrieben wird. Die Folgen sind fatal! Die höheren Transportkosten gefährden zahlreiche Arbeitsplätze in der Transportindustrie und führen zu einer massiven Verteuerung der Güter des täglichen Bedarfs. Zahlreiche Familien würden in die Armut abrutschen. Unser Wohlstand wäre akut gefährdet.

Planlose Energiestrategie 2050

Und das alles für utopische und ideologische Träumereien von Mitte-Links. Während der Bundesrat uns auffordert,

Strom zu sparen und zu zweit zu duschen, sollen wir unsere Mobilität auf elektrisch umstellen. Dazu kommt: Es existiert kein Plan, wie wir den steigenden Strom-Bedarf sicherstellen können. Im Gegenteil: Die gescheiterte Energiestrategie 2050 zwingt uns sogar noch zum Abschalten unserer Kernkraftwerke. Auch werden unsere Sparbemühungen keinen Einfluss auf das globale Klima haben. Denn: Was die Schweiz in einem Jahr an CO₂ ausstösst, stösst China an einem einzigen Tag aus!

Deshalb am 18. Juni Nein zum Stromfresser-Gesetz (sogenanntes Klima-Gesetz)



Wir unterstützen Sie gerne bei Ihrer Kampagne.

Melden Sie sich bei uns!

info@blickfänger.ch | 043 499 24 19



blickfänger.ch

Auffallend mobil. Auffallend günstig.

Stromfresser-Gesetz – unverdaulich auch für die Landwirtschaft

Links-Grün setzt alles daran, um die Bauern mit immer neuen Vorschriften und Verboten zu bevormunden. Die Landwirtschaft wird erstickt in Auflagen und Administration, was unseren Selbstversorgungsgrad einschränkt. Das Stromfresser-Gesetz schadet der Landwirtschaft und unserer Lebensmittelversorgung massiv.



Martin Haab,
Meisterlandwirt und
Nationalrat,
Mettmenstetten ZH

Auch in der Landwirtschaft ist es unbestritten, das Klima befindet sich im Wandel. Die Bauern leben mit und von der Natur und stellen diesen Wandel in ihrer täglichen Arbeit fest. Vegetationsperioden haben sich verlängert und Kulturen werden angebaut, welche vor 50 Jahren in unseren Breitengraden nur schwer gediehen. Wärmeliebende Neophyten werden bei uns

plötzlich heimisch. Trockene Wetterperioden werden öfters notiert und regenreiche Zeiten sind anscheinend ebenfalls vermehrt zu Gast. So viel zum Wetter.

Ernährungssicherheit steht auf dem Spiel

Als Landwirt muss man darauf reagieren und sich den Gegebenheiten immer wieder aufs Neue anpassen, wie seit je. Doch nützt da Stromfresser-Gesetz überhaupt etwas? Oder schadet es mehr? Tatsache ist: Es gefährdet die ökonomische Nachhaltigkeit unserer Betriebe. Der mittelfristige Verzicht auf fossile Brennstoffe in der Landwirtschaft, ohne ernstzunehmende Alternativen, ist äusserst fahrlässig gegenüber unserer Ernährungssicherheit. Das Gesetz

verschiebt die Nahrungsmittelproduktion und dazu die Arbeitsplätze ins Ausland.

Landwirtschaft für links-grüne Utopien opfern?

Das Stromfresser-Gesetz (sogenanntes Klima-Gesetz) kommt aus denselben Kreisen wie die extremen Initiativen zu Massentierhaltung, Trinkwasser, Pestiziden und Biodiversität. Das Ziel ist immer das gleiche: Die Schweizer Landwirtschaft soll auf dem Altar links-grüner Utopien geopfert werden. Das will auch das Stromfresser-Gesetz, über das wir am 18. Juni abstimmen: Dieses Gesetz tut nichts fürs weltweite Klima, aber es zerstört die landwirtschaftliche Produktion in unserem Land.

Massenzuwanderung: richtig wählen!

Nur wer SVP wählt, wählt im Interesse von zwei Dritteln der Schweizer.



Von Thomas Matter,
Unternehmer und
Nationalrat, Meilen (ZH)

Gemäss einer Tamedia-Umfrage sprechen sich fast zwei Drittel der Schweizer für eine Beschränkung der Zuwanderung aus. Schon die SVP-Initiative gegen die Masseneinwanderung wurde 2014 von einer Mehrheit der Bevölkerung angenom-

men. Doch durch einen dreisten Verfassungsbruch des Mitte-Links-Parlaments wurde der Volkswille nicht umgesetzt. Doch das Volk hat seine Meinung in dieser Frage nicht geändert, was aktuelle Umfragen deutlich machen.

Die Bewohner unseres Landes wollen zu einem überwiegenden Teil, dass in der Zuwanderungsfrage endlich etwas geschieht. Mit ihrer Nachhaltigkeitsinitiative zeigt die SVP einen Weg auf, wie wir die Zehn-Millionen-Schweiz verhindern können. Damit unsere Infrastrukturen nicht

noch mehr belastet werden. Damit unser schönes Land nicht noch mehr zubetoniert wird. Damit unser Wohnraum und unser Strom bezahlbar bleiben.

Wir müssen uns aber bewusst sein: Die roten und die grünen Linken sowie die Grünliberalen bekämpfen eine Steuerung der Zuwanderung genauso heftig wie die Mitte-Partei und die Freisinnigen. Denn ihnen sind die Bedürfnisse der Europäischen Union wichtiger als die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung.

Wer am 22. Oktober bei den eidgenössischen Wahlen eine dieser Parteien wählt, kann sicher sein, dass dann die Zuwanderung ungebremst weitergeht. Wer aber SVP wählt, darf felsenfest überzeugt sein, dass endlich wieder die Schweizer Interessen statt jene des Auslandes im Mittelpunkt stehen. Holen wir uns unsere Schweiz zurück!

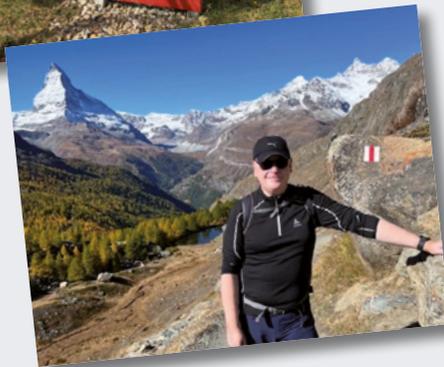
Nationale Wahlen 2023

Wir porträtieren frische
Kandidatinnen und Kandidaten
aus der ganzen Schweiz.

Name: **Eveline Bachmann**
Beruf: Bäuerin
Wohnort: Frauenfeld, TG
Hobbys: Feuerwehr, Sport, Vereine
Dafür setze ich mich ein:
Für Tradition und Fortschritt,
eure Bäuerin mit Herz.



Name: **Richard Aschberger**
Beruf: Unternehmer
Wohnort: Grenchen, SO
Hobbys: Auto, Moto, Rennrad
Dafür setze ich mich ein:
Freie Fahrt für freie Bürger!



Name: **Marcel Dettling**
Beruf: Landwirt
Wohnort: Oberiberg, SZ
Hobbys: Skifahren, Jassen
Dafür setze ich mich ein:
Holen wir uns unsere Schweiz zurück



Name: **Roger Bachmann**
Beruf: Stadtpräsident
Wohnort: Dietikon, ZH
Hobbys: Familie, Lesen, Sport
Dafür setze ich mich ein:
Für mehr Freiheit und Eigen-
verantwortung!

**Aus allen Berufen und Generationen.
Bodenständig und bürgernah.
Wir sind Volkspartei.**

Name: **Emmylou Ziehli-Maillard**
Beruf: Operative Planerin
Wohnort: Palézieux-Village VD
Hobbys: Wandern, CrossFit, Schreiben

Name: **Fränzi Keiser**
Beruf: Pädagogin
Wohnort: Baar, ZG
Hobbys: Velo, Berge, Reisen, Kulturen
Dafür setze ich mich ein:
Unabhängige und neutrale Schweiz



Einladung zum



26. August 2023
Swiss Life Arena

Wir sind Volkspartei

Swiss Life Arena – wir kommen

In der neusten und modernsten Eishockey-Arena der Schweiz, in der Swiss Life Arena des ZSC in Zürich, werden wir den **Wahlauftakt zu den Nationalratswahlen 2023** feiern. Keine andere Partei ist so breit aufgestellt wie die SVP. Keine andere Partei verkörpert die schweizerischen Werte und Traditionen so konsequent wie die SVP. Die Schweiz von West bis Ost und von Süd bis Nord. In der SVP sind alle vertreten: WIR SIND VOLKSPARTEI.

Am Wahlauftakt werden verschiedene Darbietungen der Regionen und **Special-Acts** präsentiert, für Kinderunterhaltung ist gesorgt. Natürlich dürfen auch politische Statements nicht fehlen. Anwesend sind die National- und Ständeräte der SVP, Parteipräsident Marco Chiesa und auch die aktiven und ehemaligen SVP-Bundesräte **Guy Parmelin, Albert Rösti, Ueli Maurer, Christoph Blocher und Adolf Ogi** sowie die Erbauer des Stadions Walter Frey, Peter Spuhler und Rolf Dörig.

Noch nie fand in der Schweiz ein Wahlauftakt in einem Stadion statt. Aber der Ort passt hundert Prozent zur SVP und unserer Politik. Eishockey ist ein Mannschaftssport und die Spieler sind hart im Nehmen – wie wir von der SVP. Hockeyaner wollen gewinnen – wie wir von der SVP. Wir zählen am Wahlauftakt auf die Teilnahme so vieler Mitglieder und Sympathisanten inklusive Familien wie nie zuvor. Wir zählen auf Dich!

Thema: Wir sind Volkspartei – sei auch dabei

Ort: Swiss Life Arena, Zürich-Altstetten

Datum: Samstag, 26. August 2023

Zeit: 10.30 bis 14.30 Uhr

Anreise: Mit Auto und öffentliche Verkehrsmittel möglich

Eintritt: frei

Anmeldung: zwingend unter www.svp.ch/wahlauftakt

Detailprogramm: demnächst auf www.svp.ch



Mit Einsatz und den richtigen Inhalten gewinnen wir die Wahlen

Das Glanzresultat von Esther Friedli bei den Ständeratswahlen in St. Gallen motiviert uns, noch mehr für einen Sieg im Herbst zu kämpfen.



von Marcel Dettling,
Nationalrat und
Wahlkampfleiter,
Oberiberg (SZ)

In grossen Schritten gehen wir Richtung Wahltag. Am 22. Oktober wird entschieden, wie es künftig mit unserem Land weiter geht. Sollen weiterhin die links-grünen Schweiz-Ab-schaffer das Land an die Wand fahren oder können wir endlich die langersehnte Trendumkehr schaffen? Die Resultate aus den Kantonen Luzern,

Tessin und Genf zeigen in die richtige Richtung. Das Glanzresultat von Esther Friedli als neue Ständerätin von St. Gallen motiviert uns, um noch mehr zu arbeiten bis zum 22. Oktober. Ihr Beispiel zeigt, dass überdurchschnittlicher Einsatz am Schluss zum Sieg führt. Das müssen wir uns alle hinter die Ohren schreiben. Nicht der schöne Kopf des Einzelnen zählt, sondern der Inhalt und vor allem der Einsatz.

Und es lohnt sich für unsere Schweiz zu kämpfen. Nur die SVP kämpft gegen die Überflutung der Schweiz durch junge, männliche Schein-Asylanten. Geht es nach Bundesrätin

Elisabeth Baume-Schneider sollen sogar noch mehr Wirtschaftsmigranten in der Schweiz aufgenommen werden. Stoppen wir diesen Wahnsinn. Denn es kommen zu viele und die Falschen.

Wahlauftakt in der Swiss-Life-Arena in Zürich

Den Wahlauftakt werden wir am 26. August in der Swiss-Life Arena in Zürich machen. Das passt zur SVP. Denn Eishockey ist ein Mannschaftssport, in dem hart gekämpft wird für den Sieg. Die Spieler sind hart im Nehmen und jeder kämpft für den anderen Mitspieler. Auch das passt zu uns. Freuen wir uns auf einen kämpferischen Wahlauftakt in Zürich.

Bürger nah und präsent – mit Schwung in den Wahlherbst starten

In einer historischen Wahl wurde ich für den Kanton St. Gallen in den Ständerat gewählt. Mein Wahlkampf war geprägt vom täglichen Austausch mit den Bürgern, getreu meinem Motto: bodenständig und bürgernah.

In einem langen Wahlkampf wurde ich am 30. April im zweiten Wahlgang zur Ständerätin gewählt. Dieser Sitzgewinn ist für die SVP St. Gallen historisch: Erstmals in unserem 31-jährigen Bestehen konnten wir einen Ständeratssitz holen. Nun können wir als wählerstärkste Partei im Kanton unsere Anliegen für Freiheit und Sicherheit auch im Ständerat einbringen. Mein Wahlsieg ist auch für die SVP Schweiz historisch: Zum ersten Mal wurde eine SVP-Frau in den Ständerat gewählt.



Schwung und Motivation für die Wahlen im Herbst mitnehmen

Mein Wahlkampf war geprägt von vielen öffentlichen Anlässen und einer gut sichtbaren Wildplakatierung, ergänzt mit einer breiten bürgerlichen Allianz. Auch im Jahr 2023 gewinnt man Wahlen also nicht online, sondern es braucht jeden Tag den direkten Kontakt mit der Bevölkerung. Diesen Schwung müssen wir nun für die Wahlen im Herbst nutzen: motiviert und engagiert. Jeden Tag Das ist bürgernah. Das ist SVP.

Baume-Schneider vergeudet Milliarden für Schein-Asylanten

Statt die Zuwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen endlich zu stoppen, fordert der Bundesrat einen Nachtragskredit von rund 133 Millionen zur Errichtung von Container-Siedlungen. Dabei hat der Bund für 2023 schon 4 Milliarden im Asylbereich budgetiert. Stoppen wir den Wahnsinn!



Von Martina Bircher,
Nationalrätin,
Aargau (AG)

Letztes Jahr stellten 24'000 Personen ein Asylgesuch in der Schweiz. Dieses Jahr könnten es sogar 40'000 Personen sein. Hinzu kommen die 70'000 Ukrainer mit Schutzstatus. Das Dublin-Abkommen funktioniert hinten und vorne nicht, Italien nimmt seine Asylbewerber nicht mehr zurück. Zwar werden in der Schweiz die meisten Asylgesuche abgelehnt, bleiben dürfen dennoch praktisch alle. Denn der Bund verteilt grosszügig die «vorläufige Aufnahme».

Ein Etikettenschwindel! Denn aus «vorläufig» wird ein Bleiberecht für die Ewigkeit. So hat der Bund in 10 Jahren lediglich 112 vorläufige Aufnahmen annulliert. Gleichzeitig verweigern etliche Länder jegliche Rückführungen – und wir leisten ihnen noch Entwicklungshilfe. Die vorläufige Aufnahme ist für Syrer, Afghanen, Iraner und

viele andere garantiert. Die meisten Asylanten erhalten lebenslang Sozialhilfe, profitieren von unserem Gesundheitssystem und können in unserem Land machen, was sie wollen. Selbst der Landesverweis wird bei ihnen nicht vollzogen, auch wenn sie straffällig sind. Selbst bei Mord, Vergewaltigung oder Kinderschändung bleiben sie hier.

Es kommen zu viele und die Falschen

Die zuständige Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider behauptet derweil allen Ernstes, unser Asylsystem sei ein Erfolg. Es kämen die «Richtigen». Dies begründet sie mit der rekordhohen Schutzquote von 60 Prozent. Sie will den Unterschied zwischen der Anerkennungsquote (anerkannte Flüchtlinge) und

der Schutzquote (abgelehnte Asylgesuche, aber keine Wegweisung) offenbar nicht verstehen.

Die Gemeinden müssen die realitätsblinde Politik dann ausbaden. Sie wehren sich, wie etwa das aargauische Wildeggen, zu Recht gegen immer mehr Asylanten. Die Praxis zeigt: **Es kommen zu viele und die Falschen.** Frau Bundesrätin Baume-Schneider, handeln Sie endlich!

Inserat



Umsetzer – nicht nur Berater!

Werbefachmänner für bürgerliche Projekte, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Parteien, Organisationen, Vereine und KMUs. Unkompliziert, fair und auf Augenhöhe.

Eine Auswahl unserer Dienstleistungen:

- ✓ Werbekampagnen von A bis Z
- ✓ Werbeplanung / Marketing-Mix
- ✓ Sammeln von Unterschriften
- ✓ Online-Kommunikation
- ✓ Social Media-Kampagnen
- ✓ Geschäftsführung
- ✓ Medienkompetenz
- ✓ Texten / Ghostwriting
- ✓ Layout / Grafik
- ✓ Webdesign



Anian Liebrand
Inhaber und
Geschäftsführer

Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch



David Trachsel
Projektleiter

Tel. 076 567 00 36
trachsel@politagentur.ch

Politagentur.ch GmbH, Postfach, 6110 Wolhusen LU



**DAMIT DAS
GELD IN DER
SCHWEIZ
BLEIBT.**

JA zur
**OECD-Mindeststeuer
für multinationale
Unternehmen**

oecd-mindeststeuer-ja.ch

Ein Ja ist besser für die Schweiz

Mit einem Ja zur OECD-Mindeststeuer bleiben Schweizer Steuergelder in der Schweiz. Bei einem Nein profitieren die ausländischen Staaten. Das wollen wir auf keinen Fall.



Von Franz Grüter,
Unternehmer und
Nationalrat,
Eich (LU)

Die OECD-Mindeststeuer ist die berühmte Kröte, die man ab und zu schlucken muss. In diesem Fall handelt es sich aber um eine goldene Kröte. Darum ist die SVP Schweiz für ein klares Ja am 18. Juni.

Worum geht es? Grosse, international tätige Unternehmen sollen in jedem Land weltweit zu mindestens 15 Prozent besteuert werden. Darauf haben sich rund 140 Staaten geeinigt. Hält sich die Schweiz nicht daran, dürfen andere Länder die fehlende Besteuerung der Unternehmen vornehmen.

Einnahmen für die Kantone

Natürlich freut es uns nicht, dass wir eine internationale Mindeststeuer für Grossunternehmen einführen müssen. Es ist ein Eingriff in die Steuersouveränität unseres Landes. Aber einen grossen und wichtigen Vorteil hat diese Vorlage: Mit ei-

nem Ja zur OECD-Mindeststeuer bleiben die Steuergelder in der Schweiz und wandern nicht ins Ausland ab. Anders gesagt: Wenn wir die Steuern nicht erheben, zahlen die Unternehmen gleich viel Steuern – aber im Ausland. Das wäre dumm.

Was passiert mit den (Mehr-)Einnahmen? Drei Viertel davon fliessen an die Kantone. Dieses Geld können die Kantone verwenden, um ihre Standortattraktivität zu stärken. Das ergibt Wertschöpfung und Wohlstand für alle. Nur mit einem Ja zur OECD-Mindeststeuer bleiben Schweizer Steuergelder in der Schweiz. Deshalb am 18. Juni: JA zur OECD-Mindeststeuer.

AUS DER SCHWEIZ. FÜR DIE SCHWEIZ. WAHLWERBUNG VON FLYERLINE.

- 100% klimaneutrale, Schweizer Produktion
- Schnelle Lieferzeiten (auch Expresslieferung)
- Mehrere Adressen pro Bestellung möglich
- Versandkostenfrei ab CHF 100
- Grafische Dienstleistungen



Blachen / Banner
Robust und auffällig



Papierplakate – in allen gängigen
Formaten für Plakatstellen.



ECO-Outdoorplakate
Umweltschonend
und nachhaltig



Allwetterleichtplakat®
Freeform – in jeder
Wunschform erhältlich.



Jetzt entdecken auf flyerline.ch/wahlwerbung



gedruckt in der
schweiz

flyerline.ch
Mehr als eine Online-Druckerei

Kein weiterer Blankocheck für den Bundesrat

Drei Jahre Notrecht reichen. Eine Verlängerung des Covid-Gesetzes ist unnötig und undemokratisch. Darum hat die SVP Schweiz die deutliche NEIN-Parole gefasst und darum sage auch ich als freiheitsliebender Mensch Nein zu diesem Gesetz.



von Roland Rino Büchel, Unternehmer und Nationalrat, Oberriet (SG)

Ein Notrechtsregime des Bundesrates bis in den übernächsten Sommer hinein ist äusserst gefährlich. **Denn: Wohin die Allmacht des Bundesrates führt, wissen wir aus Erfahrung: zur Spaltung der Gesellschaft, zu finanziellen Nöten sowie willkürlichen Vorschriften und**

Verboten. Es ist Zeit, dass wir Bürger uns unsere Grundrechte zurückzuholen.

Alle Pro-Argumente aus den vergangenen Covid-Abstimmungen sind vom Tisch: Die Finanzhilfen sind ausgelaufen und die nutzlosen Zertifikate, deren Existenzrecht ohnehin auf zweifelhaften «Wahrheiten» beruhte, werden nicht einmal mehr für Auslandsreisen benötigt.

Doch Mitte-Links hat die Volksrechte einmal mehr ausgehebelt. Im letzten Dezember beschloss diese bürgerverachtende Mehrheit des Parlaments, die

gesetzlichen Grundlagen für das Notregime des Bundesrats zu verlängern. Damit kann der Bundesrat jederzeit wieder höchst diskriminierende Massnahmen veranlassen.

Wir Stimmbürger müssen dafür sorgen, dass den Machtsüchtigen in Bundesbern die Pferde nicht plötzlich wieder durchbrennen. Wie das? Indem wir NEIN sagen zu diesem massiven Eingriff in die freiheitlichen und demokratischen Grundrechte der Bürger in unserem Land und deshalb NEIN sagen zur Verlängerung des Covid-Gesetzes am 18. Juni.

Citroën C3

Citroën C3 Aircross

CITROËN C3 UND C3 AIRCROSS

ab **CHF 139.-** /Monat

citroen.ch

Angebot gültig für den Kauf zwischen dem 1.05. – 30.06.2023. Angebote gültig für Privatkunden, nur bei den an der Aktion beteiligten Händlern. Leasingkonditionen unter Vorbehalt der Akzeptanz durch Santander Consumer Finance Schweiz AG, Schlieren. Der Abschluss eines Leasingvertrags ist unzulässig, sofern er zur Überschuldung des Leasingnehmers führt. Leasingbeispiel für eine Privatperson. Empfohlener VP inkl. MwSt. Leasingbeispiel: Citroën C3 PureTech 83 PS You!, Katalogpreis CHF 19'890.-, empfohlener Verkaufspreis nach Rabatt CHF 16'990.-. Sonderzahlung CHF 3'512.-. Leasingrate CHF 139.- pro Monat inkl. MwSt., Rücknahmewert CHF 8'426.-, effektiver Jahreszins 3.07%. Leasingdauer 48 Monate. Kilometerleistung 10'000 km/Jahr. Angebot nur in Verbindung mit dem Abschluss einer Ratenversicherung (Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit) SECURE4you+ für CHF 6.20/Monat. Abgebildetes Modell: Citroën C3 PureTech 83 PS Swiss Edition+, Katalogpreis CHF 25'650.-, Garantie 5 Jahre/100'000 km (was zuerst eintritt) geschenkt; Verbrauch gesamt 5.7l/100km; CO₂-Emission 128g/km; Treibstoffverbrauchskategorie C. AC Automobile Schweiz AG behält sich das Recht vor, die technischen Daten, die Ausstattungen und die Preise ohne Vorankündigung zu ändern. Empfohlener VP inkl. MwSt. Leasingbeispiel: Citroën C3 Aircross PureTech 110 PS 6-Gang-Manuell Swiss Edition+, Katalogpreis CHF 28'500.-, empfohlener Verkaufspreis nach Rabatt CHF 22'490.-. Sonderzahlung CHF 4'035.-. Leasingrate CHF 185.- pro Monat inkl. MwSt., Rücknahmewert CHF 11'798.-, effektiver Jahreszins 3.07%. Leasingdauer 48 Monate. Kilometerleistung 10'000km/Jahr. Angebot nur in Verbindung mit dem Abschluss einer Ratenversicherung (Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit) SECURE4you+ für CHF 8.20/Monat. Abgebildetes Modell: Citroën C3 Aircross 130 PS EAT6 Shine Pack, Katalogpreis CHF 34'500.-, Garantie 5 Jahre/100'000km (was zuerst eintritt) geschenkt; Verbrauch gesamt 6.9l/100km; CO₂-Emission 156 g/km; Treibstoffverbrauchskategorie D. AC Automobile Schweiz AG behält sich das Recht vor, die technischen Daten, die Ausstattungen und die Preise ohne Vorankündigung zu ändern.

Zukunft sichern – NEIN stimmen!



JETZT MITMACHEN!

Mit nur wenigen Klicks dafür sorgen, dass Abstimmungs-Flyer an Orte nach Ihrer Wahl versendet werden.

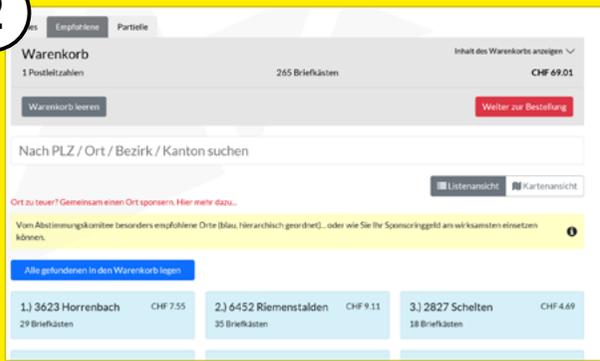
Am 18. Juni:
Stromfresser-Gesetz
NEIN
Bundesgesetz KIG

Bezahlen Sie online oder als Papierrechnung die Versandkosten (Druckkosten übernimmt die Partei). Ein paar Tage später sind die Flyer bereits in allen Briefkästen – auch in denjenigen mit «Stopp-Klebern».

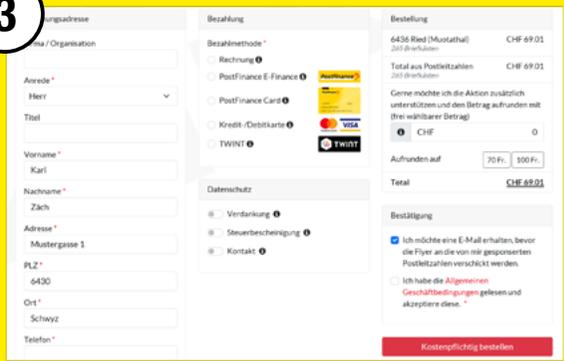
1 SCAN



2

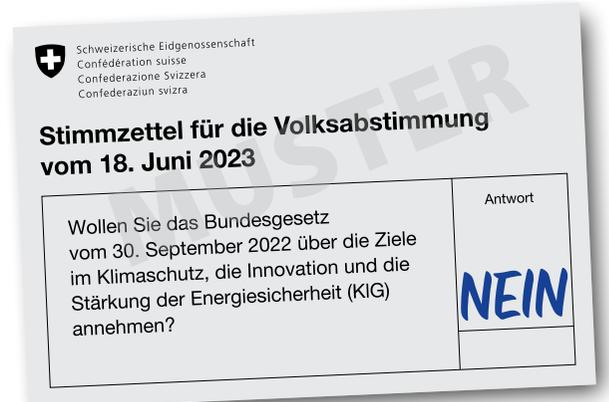


3



Ich helfe mit, damit wir in der Schweiz auch weiterhin eine sichere und bezahlbare Stromversorgung haben!

- Gerne informiere ich mich über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Aktivitäten der Kampagne gegen das Stromfresser-Gesetz
- Ich bestelle _____ Flyer für Strassenaktionen oder zum Verteilen an Anlässen oder in Briefkästen.
- Ich lasse den Flyer direkt über das Online-Versandtool www.flyer-ueberall.ch/stromfresser-gesetz-nein/sponsern per Post in von mir ausgewählten Gemeinden verteilen.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für Plakate für die Kampagne zur Verfügung zu stellen. Bitte schicken Sie mir:
 - _____ Stk. Papier-Plakate A2 (42,0 x 59,4 cm)
 - _____ Stk. Papier-Plakate F4 Weltformat (89,5 x 128 cm)
 - _____ Stk. Allwetter-Plakate F4 Weltformat (89,5 x 128 cm)
 - _____ Stk. Allwetter-Plakate B1 (70 x 100 cm)
- Ich schreibe gerne einen Leserbrief. Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
- Ich unterstütze die Kampagne gegen das Stromfresser-Gesetz mit einer Spende. (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden)
 - Ich überweise _____ Franken auf das Konto:
IBAN: CH13 0023 5235 8557 0102 L
 - Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein.



Adresse:

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort / Kanton

Telefon

E-Mail

Datum / Unterschrift

Talon ausschneiden, fotografieren oder scannen und einsenden an:

Überparteiliches Komitee gegen das Stromfressergesetz
c/o SVP Schweiz
Postfach
3001 Bern

Telefon: 031 300 58 58, info@stromfresser-gesetz-nein.ch

www.stromfresser-gesetz-nein.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Bildquellen: SVP Schweiz, Goal AG, Parlamentsdienste 3003 Bern, Energie Club Schweiz, Christoph Keel